

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

14. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. September 1961	Nummer 96
--------------	---	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203033	8. 7. 1961	Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Finanzministers Richtlinien für die Entsendung von Landesbediensteten in öffentliche zwischenstaatliche oder überstaatliche Organisationen (Entsendungsrichtlinien)	1421

I.

203033

Richtlinien

für die Entsendung von Landesbediensteten in öffentliche zwischenstaatliche oder überstaatliche Organisationen (Entsendungsrichtlinien)

Gem. RdErl. d. Innenministers — II A 1 — 25.36 — 74/61 — u. d. Finanzministers — B 1230 — 2581 IV 61 — v. 8. 7. 1961

I.

1. Die Tätigkeit von Landesbediensteten in öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Organisationen liegt im deutschen Interesse. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Aufgaben dieser Organisationen sollten nur Bedienstete in sie entsandt werden, die für eine derartige Tätigkeit besonders geeignet sind. Bei der Auslese ist deshalb ein strenger Maßstab anzulegen.

2. Die oberste Dienstbehörde entscheidet im Einzelfall über die Entsendung. Personelle Schwierigkeiten, die in einzelnen Geschäftsbereichen durch die Entsendung entstehen können, sollen die Entscheidung nicht beeinflussen.

II.

Situation Für die Entsendung in eine der in der Anlage aufgeführten Organisationen gelten folgende Bestimmungen:

Beamte

3. Es sollen nur Beamte entsandt werden, die bereits angestellt sind (§ 3 Abs. 2 LVO).

4. Der Beamte ist — auch für die Dauer von mehr als 6 Monaten — unter Wegfall der Dienstbezüge zu beurlauben. Gleichzeitig ist schriftlich anzuerkennen, daß der Urlaub öffentlichen Belangen dient, und zuzu-

gestehen, daß die Zeit der Beurlaubung als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt wird (§ 118 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LBG). Die Anerkennung hat die Folge, daß das Besoldungsdienstalter nicht verändert wird (§ 9 Abs. 3 Satz 2 LBesG) und, soweit ein Allgemeines Dienstalter festgesetzt ist, dieses um die Zeit des Urlaubs nicht gekürzt wird (Nr. 7 der VVO zur Regelung des Allgemeinen Dienstalters vom 20. 1. 1960 — SMBl. NW. 20307 —).

5. Die Dienstzeit in einer Organisation ist Dienstzeit nach § 9 Abs. 3 LVO. Sie ist nicht der Dienstzeit bei einer obersten Dienstbehörde des Bundes oder eines Landes im Sinne des § 34 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b LVO gleichzusetzen.

6. (1) Auch während der Beurlaubung kann der Beamte befördert werden. Für die Beförderung müssen die allgemeinen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Der beurlaubte Beamte kann nur in ein solches Amt befördert werden, das er bei regelmäßiger Gestaltung seiner Dienstlaufbahn auch ohne Beurlaubung erreichen würde. Besteht die Absicht, den Beamten zu befördern, so kann von der Organisation, in die er entsandt ist, eine Beurteilung über ihn eingeholt werden.

(2) Die Beförderung setzt voraus, daß eine besetzbare Planstelle der Beförderungsgruppe vorhanden ist; eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe genügt nicht.

7. (1) Für Auslagen, die dem Beamten im Zusammenhang mit seiner Entsendung entstehen, werden Reisekosten und Umzugskosten aus Landesmitteln nicht gewährt.

(2) Beihilfen und Unterstützungen können die Beamten für sich und ihre Angehörigen (Nr. 1 BGr. und Nr. 1 UGr.) während ihrer Beurlaubung zu einer Organisation nach Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Landes nicht erhalten.

8. Ob und in welchem Umfange Versorgungsbezüge, versorgungsähnliche Bezüge oder andere Zuwendungen aus einer Verwendung bei einer Organisation, die der Beamte nach Beendigung dieser Tätigkeit im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden erhält, während einer erneuten Verwendung als Beamter des Landes auf die Dienstbezüge anzurechnen oder an das Land abzuführen sind, wird besonders geregelt.
 9. Bezieht ein nach Landesrecht Versorgungsberechtigter aus einer Verwendung bei einer Organisation ein Einkommen, so gelten für das Ruhen der Versorgungsbezüge § 165 LBG und die Verwaltungsverordnung hierzu. Für das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen nach dem LBG und von Versorgungsbezügen, versorgungsähnlichen Bezügen oder anderen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden stehenden Zuwendungen aus einer Verwendung bei einer Organisation gilt die nach § 167 Abs. 5 LBG zu erlassende Rechtsverordnung.
 10. Müssen bei längerem Urlaub die Aufgaben des Amtes einem anderen Beamten übertragen werden, so beantragt die zuständige oberste Dienstbehörde bei dem Finanzminister die erforderlichen haushaltsrechtlichen Maßnahmen. Eine Leerstelle kann im Stellenplan nur ausgebracht werden, wenn ein unabweisbares Bedürfnis besteht, die Planstelle neu zu besetzen — z. B. wenn eine anders besetzbare Planstelle der entsendenden Behörde auch aushilfsweise nicht in Anspruch genommen werden kann —, und wenn der Beamte voraussichtlich länger als ein Jahr bei einer Organisation verwendet werden wird.
- Richter**
11. Für die Entsendung von Richtern gelten die Nummern 3 bis 10 entsprechend.
- Angestellte und Arbeiter**
12. (1) Angestellte des Landes sind bei Entsendung unter Verzicht auf die Bezüge bis zur Dauer von höchstens 5 Jahren zu beurlauben. Gleichzeitig ist schriftlich anzuerkennen, daß der Urlaub dienstlichen Interessen dient; dies hat die Folge, daß die Zeit der Beurlaubung als Beschäftigungszeit im Sinne der § 19 BAT gilt (§ 50 Abs. 2 Satz 2 BAT).
 - (2) Arbeitern des Landes ist bei Entsendung das Fernbleiben von der Arbeit ohne Lohnfortzahlung bis zur Dauer von höchstens 5 Jahren zu erlauben. Ich — der Finanzminister — erkläre mich auf Grund des § 10 des Haushaltsgesetzes 1961 damit einverstanden, daß die Zeit dieses Fernbleibens als Beschäftigungszeit im Sinne des § 6 MTL berücksichtigt wird.
 - (3) Wollen Angestellte oder Arbeiter auch nach Ablauf des Zeitraumes ihrer Entsendung in einer Organisation verbleiben, so ist ihr Arbeitsverhältnis zum Land zu beenden. Die oberste Dienstbehörde trifft die erforderlichen Maßnahmen so rechtzeitig, daß die Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum Ablauf des Zeitraumes der Entsendung sichergestellt ist.
 13. Angestellte und Arbeiter, die aus persönlichen Gründen in den Dienst einer Organisation treten wollen, müssen ihr Arbeitsverhältnis zum Land beenden. Auf die Einhaltung der Kündigungsfristen kann verzichtet werden.
 14. Nr. 7 gilt für Angestellte und Arbeiter entsprechend.
 15. (1) Für die entsandten Arbeitnehmer besteht aus ihrem Arbeitsverhältnis zum Land keine gesetzliche Versicherungspflicht in der Sozialversicherung, da die Voraussetzungen hierfür (Beschäftigung gegen Entgelt) nicht vorliegen. Ebenso besteht keine Pflicht zur zusätzlichen Versicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder — VBL —.
 - (2) Es bleibt den Arbeitnehmern überlassen, sich während der Zeit ihrer Beurlaubung in der deutschen Sozialversicherung und in der Zusatzversicherung im Rahmen der gesetzlichen oder satzungsrechtlichen Möglichkeiten weiterzuversichern und ggf. einen abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag weiterzuführen. Beiträge des Landes zu diesen Versicherungen werden nicht gewährt.
 16. (1) Versorgungsbezüge, versorgungsähnliche Bezüge und andere im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus einer Organisation gezahlte Zuwendungen verbleiben den entsandten Arbeitnehmern in voller Höhe. Bei einer späteren Übernahme in das Beamtenverhältnis finden jedoch Nr. 8 und Nr. 9 Satz 2 Anwendung.
 - (2) Die Anrechnung der in Absatz 1 bezeichneten Bezüge und Zuwendungen auf eine Leistung aus einer Zusatzversicherung richtet sich nach den Bestimmungen der Satzung der Zusatzversicherungsanstalt.
- III.**
17. Die Entsendungsrichtlinien treten am 1. Oktober 1961 in Kraft. Sie gelten auch für Landesbedienstete, die an diesem Tage bereits entsandt sind.
 18. Der RdErl. v. 6. 8. 1959 (SMBL. NW. 203033) wird mit Wirkung von 1. Oktober 1961 aufgehoben.
 19. Für Angestellte und Arbeiter des Landes, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinien 5 Jahre oder länger in eine Organisation entsandt sind, wird die Höchstdauer der Entsendung (Nr. 12 Abs. 1 und 2) bis zum 31. Dezember 1961 verlängert. Sie müssen bis zu diesem Zeitpunkt auf Aufforderung gegenüber der zuständigen obersten Landesbehörde erklären, ob sie spätestens am 1. Januar 1962 ihre Dienstleistung beim Land wieder aufnehmen oder aus dem Landesdienst ausscheiden wollen. Entscheidet sich der Bedienstete nicht, so ist sein Arbeitsverhältnis spätestens am 31. Dezember 1961 zum nächstzulässigen Termin zu kündigen. In diesem Falle verlängert sich die Entsendung bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum Land.
 20. Die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden gebeten, entsprechend diesen Richtlinien zu verfahren.

Verzeichnis der öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Organisationen

I. Deutsche Bezeichnungen (alphabetisch)
mit Angabe der Abkürzungen und der fremdsprachlichen Bezeichnungen.

Lfd. Nr.	Deutsche Bezeichnung	Sitz	Abkürzung	Fremdsprachliche Bezeichnung
			(1) Deutsch, (2) Englisch, (3) Französisch	
1.	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen	Genf	(2) GATT (3)	General Agreement on Tariffs and Trade Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
2.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	Genf	(2) UNHCR (3) HCR	Office of the UN-High Commissioner for Refugees Office de Haut Commissaire des Nations Unies pour les Réfugiés
3.	Ausschuß (der Vereinten Nationen) für technische Hilfe (vgl. Nr. 69)	New York	(2) TAC (3) CAT	Technical Assistance Committee Comité de l'assistance technique
4.	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	Basel	(1) BIZ (2) BIS (3) BRI	Bank for International Settlements Banque des règlements internationaux
5.	Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis	St. Louis	(3)	Institut germano-français de recherches de Saint-Louis
6.	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	Rom	(2) FAO (3) OAA	Food and Agriculture Organization of the UN Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture
7.	Europäische Atomgemeinschaft	Brüssel	(1) EURATOM (2) CEEA	Communauté Européenne de l'Energie Atomique
8.	Europäische Forstkommission	Rom	(2) EFC	European Forestry Commission
9.	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	Luxemburg	(1) EGKS (3) CECA	Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier
10.	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	Basel	(3) EUROFIMA	Société Européenne pour la Financement de Matériel Ferroviaire
11.	Europäische Organisation für kernphysikalische Forschung	Genf	(2) CERN (3)	European Organization for Nuclear Research Organisation Européenne pour la recherche nucléaire
12.	Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	Delft	(2) (3) OEEPE	European Organization for Experimental Photogrammetric Research Organisation Européenne d'Etudes Photogrammétriques Expérimentales
13.	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	Brüssel	(1) EWG (3) CEE	Communauté Européenne Economique
14.	Europäische Zahlungsunion	Paris	(1) EZU (2) EPU (3) UEP	European Payments Union Union Européenne de paiements
15.	Europäische Zivilluftfahrt-Kommission (mit Anschluß an ICAO = lfd. Nr. 37)	Straßburg		
16.	Europäisches Wirtschaftsabkommen (der Vereinten Nationen)	Genf	(2) ECE (3) CEE	Economic Commission for Europe Commission économique pour l'Europe
17.	Europarat (vgl. auch lfd. Nr. 76)	Straßburg	(2) CE (3) CE	Council of Europe Conseil de l'Europe

Lfd. Nr.	Deutsche Bezeichnung	Sitz	Abkürzung	Fremdsprachliche Bezeichnung
			(1) Deutsch, (2) Englisch, (3) Französisch	
18.	Haager Büro für Internationales Privatrecht	Den Haag	(3)	Conférence de la Haye de droit international privé
19.	Institut für wirtschaftliche Entwicklung (vgl. auch Nr. 22 und Nr. 23)	Washington	(2) (3)	Economic Development Institute Institut d'expansion économique
20.	Internationale Arbeiterorganisation	Genf	(1) IAO (2) ILO (3) OIT	International Labour Organization Organisation internationale du travail
21.	Internationale Atomenergie-Organisation	Wien	(2) IAEA (3) OIEA	International Atomic Energy Agency Organisation Internationale de l'Energie Atomique
22.	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (vgl. auch Nr. 19 und Nr. 23)	Washington	(1) Bank (1) Weltbank (2) Bank (2) IBRD (3) Banque (3) BIRD	International Bank for Reconstruction and Development Banque Internationale pour la reconstruction et le développement
23.	Internationale Finanzcorporation (vgl. auch Nr. 19 und Nr. 22)	Washington	(2) IFC	International Finance Corporation
24.	Internationale Kautschukstudien-gruppe	London	(2) IRSG (3)	International Rubber Study Group Groupe internationale d'étude de caoutchouc
25.	Internationale Kommission für das Leuchtfeuer von Kap Spartel	Tanger	(2) (3)	International Commission of the Cap Spaitel Light Commission Internationale du Phare du Cap Spartel
26.	Internationale Kommission für das Personenstandswesen	Den Haag	(3) CIEC	Commission Internationale de l'Etat Civile
27.	Internationale Kommission für landwirtschaftliche Industrien	Paris	(2) ICAI (3) CIIA	International Commission for Agricultural Industries Commission internationale des industries agricoles
28.	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung	Basel		
29.	Internationale Konferenz für technische Einheit im Eisenbahnwesen	Bern	(2) UT	International Conference for Promoting Technical Uniformity on Railways
30.	Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation		(1) IKPO (1) Interpol (2) ICPO (2) Interpol (3) OIPC (3) Interpol	International Criminal Police Organization Organisation internationale de police criminelle
31.	Internationale Nordwest-Atlantik-Fischerei-Kommission	Halifax (Kanada)	(2)	International Commission for the North-West-Atlantic-Fisheries
32.	Internationale Organisation für gesetzliches Meßwesen	Paris	(3) CIML	Organisation Internationale de Météorologie Légale
33.	Internationale Rauschgiftkontrolle (Überwachungsausschuß für Betäubungsmittel)	Genf	(2) DSB	Drug Supervisory Body
34.	Internationale Studiengruppe für Wolle	London	(2) IWSG	International Wool Study Group
35.	Internationale Studiengruppe für Zinn	Den Haag	(2) ITSG	International Tin Study Group
36.	Internationale Überfischungs-kommission	London	(2)	Permanent Commission of the International Fisheries Convention of 1946
37.	Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (vgl. auch Nr. 15)	Montreal	(2) ICAO (3) OACI	International Civil Aviation Organization Organisation de l'aviation civile internationale

Lfd. Nr.	Deutsche Bezeichnung	Sitz	Abkürzung	Fremdsprachliche Bezeichnung
			(1) Deutsch, (2) Englisch, (3) Französisch	
38.	Internationaler Ausschuß für den Internationalen Suchdienst	Washington	(2)	International Commission for the International Tracing Service
39.	Internationaler Baumwoll-Beratungsausschuß		(2) ICAC (3) CCIC	International Cotton Advisory Committee Comité consultatif international du coton
40.	Internationaler Eismachdienst im Nordatlantischen Ozean (durchgeführt von US Coast Guard)			
41.	Internationaler Fernmeldeverein	Genf	(2) ITU (3) UIT	International Telecommunication Union Union internationale des télécommunications
42.	Internationaler Rat für Meeresforschung	Kopenhagen	(2) ICES (3) CIEM	International Council for the Exploration of the Sea Conseil international pour l'exploration de la mer
43.	Internationaler Währungsfonds	Washington	(1) Fonds (1) Weltwährungsfonds (2) Fund (2) IMF (3) Fonds (3) FMI	International Monetary Fund Fonds monétaire international
44.	Internationaler Weizenrat	London	(1) IWR (2) IWC (3) CIB	International Wheat Council Conseil international du blé
45.	Internationaler Zuckerrat	London	(2) INTER-SUGAR	International Sugar Council
46.	Internationales Ausstellungsbüro	Paris	(2) (3)	International Exhibition Bureau Bureau International des Expositions
47.	Internationales Büro für die Veröffentlichung der Zolltarife	Brüssel	(2) (3)	International Bureau for the Publication of Customs Tariffs Bureau international pour la publication des tarifs douaniers
48.	Internationales Büro für Maß und Gewicht	Sèvres	(2) (3) BIPM	International Bureau of Weights and Measures Bureau international des poids et mesures
49.	Internationales Büro für Todeserklärungen	Genf	(2)	International Bureau for Declarations of Death
50.	Internationales Erziehungsbüro	Genf	(2) IBE (3) BIE	International Bureau of Education Bureau international d'éducation
51.	Internationales Hydrographisches Büro	Monte-Carlo	(2) IHB (3) BHI	International Hydrographic Bureau Bureau hydrographique international
52.	Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts	Rom	(2) UPL (3) UDP (3) UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law Institut international pour l'unification du droit privé
53.	Internationales Kälteinstitut	Paris	(2) IIR (3) IIF	International Institute of Refrigeration Institut international du froid
54.	Internationales Tierseuchenamt	Paris	(2) IOE (3) OIE	International Office of Epizootics Office internationale des épizooties
55.	Internationales Weinamt	Paris	(2) IWO (3) OIV	International Wine Office Office international du vin

Lfd. Nr.	Deutsche Bezeichnung	Sitz	Abkürzung	Fremdsprachliche Bezeichnung
			(1) Deutsch, (2) Englisch, (3) Französisch	
56.	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen	New York	(2) UNICEF (3) FISE	United Nations Children's Fund Fonds des Nations Unies pour l'enfance
57.	Nordatlantik-Pakt-Organisation	Paris	(1) NATO (2) NATO (3) OTAN	North Atlantic Treaty Organization Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
58.	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur	Paris	(2) UNESCO	United Nations Educational Scientific and Cultural Organization
59.	Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit	Paris	(1) OEEC (2) OEEC (3) OECE	Organization for European Economic Cooperation Organisation européenne de coopération économique
60.	Pflanzenschutz-Organisation für Europa und den Mittelmeerraum	Paris	(2) EPPO (3) OEPP	European and Mediterranean Plant Protection Organization Organisation européenne et méditerranéenne pour la protection des plantes
61.	Rat (der Vereinten Nationen) für technische Hilfe	New York	(2) TAB (3) BAT	Technical Assistance Board Bureau de l'assistance technique
62.	Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	Brüssel	(2) CCC	Customs Cooperation Council
63.	Ständiger Schiedshof	Den Haag	(2) (3)	Permanent Court of Arbitration Cour permanente d'arbitrage
64.	Studiengruppe für die Europäische Zollunion		(2) (3)	European Customs Union Study Group Groupe d'études pour l'union douanière européenne
65.	Verband der den Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und über den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr beigetretenen Staaten	Bern		
66.	Vereinigte internationale Büros zum Schutze des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums	Bern	(2) (3)	International Bureaus for the Protection of Industrial Property and of Literary and Artistic Work Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique
67.	Vereinigung der Suezkanal-Benutzer	London	(2) SCUA	Suez Canal Users Association
68.	Vereinte Nationen	New York	(1) VN (2) UN (3) ONU	United Nations Organisations des Nations Unies
69.	Verwaltung (der Vereinten Nationen) für technische Hilfe (vgl. Nr. 3)	New York	(2) TAA (3)	Technical Assistance Administration Administration de l'assistance technique
70.	Weltgesundheits-Organisation	Genf	(2) WHO (3) OMS	World Health Organization Organisation mondiale de la santé
71.	Welthilfsverband	Genf	(2) UIS	International Relief Union
72.	Weltorganisation für Meteorologie (früher Weltwetterdienst)	Genf	(2) WMO	World Meteorological Organization
73.	Weltpostverein	Bern	(2) UPU (3) UPU	Universal Postal Union Union postale universelle

Lfd. Nr.	Deutsche Bezeichnung	Sitz	Abkürzung	Fremdsprachliche Bezeichnung
			(1) Deutsch, (2) Englisch, (3) Französisch	
74.	Westeuropäische Union	Paris London	(1) WEU (2) WEU (3) UEO	Western European Union Union de l'Europe Occidentale
75.	West-Ost-Handelskoordinations-Ausschuß	Paris	(2) COCOM	Coordinating Committee for East-West-Trade Policy
76.	Wiedereingliederungsfonds des Europarates	Paris	(2) (3)	Council of Europe Resettlement Fund Fonds de Réétablissement du Conseil de l'Europe
77.	Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	Bern	(2) OCT	Central Office for International Railway Transport
78.	Zentrale Verwaltungsstelle für die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer (vgl. Nr. 79)	Straßburg		
79.	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (einschl. Nr. 78)	Straßburg	(1) ZKR (2) CCR (3) CCR	Central Commission for Navigation of the Rhine Commission centrale pour la navigation du Rhin
80.	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung	Genf	(2) CIEM (3) CIME	Intergovernmental Committee for European Migration Comité intergouvernemental pour les migrations européennes

11. Abkürzungen

— alphabetisch —

Abkürzung			In Teil I lfd. Nr.	Abkürzung			In Teil I lfd. Nr.
Deutsch	Englisch	Französisch		Deutsch	Englisch	Französisch	
Bank	BANK	BANQUE	22	EWG			13
		BAT	61	EZU			14
		BHI	51		FAO		6
		BIE	50			FISE	56
		BIPM	48			FMI	43
		BIRD	22	FONDS	FUND	FONDS	43
BIZ	BIS	BRI	4		GATT		1
		CAT	3			HCR	2
	CCC		62		IAEA		21
		CCIL	39	TAO			20
	CCR	CCR	79		IBE		50
	CE	CE	17		IBRD		22
		CECA	9		ICAC		39
		CEE	13,		ICAI		27
			16		ICAO		37
		CEEA	7		ICEM		80
	CERN		11		ICES		42
		CIB	44		ICPO		30
		CIEC	26		IFC		23
		CIEM	42		IHB		51
		CIIA	27		IIR	IIF	53
		CIME	80	IKPO			30
	COCOM		75	INTERPOL	INTERPOL	INTERPOL	30
	DELFT		12		INTER-SUGAR		45
	DSB		33		ILO		20
	ECE		16		IMF		43
EGKS	EFC		8		IOE		54
			9		IRSG		24
	EPPO		60		ITSG		35
	EPU		14		ITU		41
EURATOM			7		IWC		44
		EUROFIMA	10				

Abkürzung			In Teil I lfd. Nr.	Abkürzung			In Teil I lfd. Nr.
Deutsch	Englisch	Französisch		Deutsch	Englisch	Französisch	
IWR	IWO		55		TAC		3
	IWSG		44			UDP	52
NATO	NATO		34			UEO	74
		OAA	57			UEP	14
		OACI	6		UIS		71
			37			UIT	41
OEEC	OCT		77		UN		68
	OEEC	OECE	59		UNESCO		58
		OEEPE	12		UNHCR		2
		OEPP	60		UNICEF		56
		OIE	54		UPL	UNIDROIT	52
		OIEA	21		UPU	UPU	73
		OIML	32		UT		29
		OIPC	30	VN			68
		OIT	20	WELTBANK			22
		OIV	55	WELTWÄH-			
		OMS	70	RUNGS-			
		ONU	68	FONDS			43
		OTAN	57	WEC	WEU		74
	SCUA		67		WHO		70
	TAA		69		WMO		72
	TAB		61	ZKR			79

— MBl. NW. 1961 S. 1421.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 8,— DM, Ausgabe B 9,20 DM.